

Fachpartner: Sachkundige Bürger

Einleitung:

Der Haushalt der Stadt Münster ist 2014 im Plus. Das ist aber hohen Schlüsselzuweisungen vom Land und der Entlastung bei der Zahlung in den Fond „Deutsche Einheit“ geschuldet. Für 2015 prognostiziert der Kämmerer wieder ein Defizit. Trotz niedriger Zinsen belastet der Schuldendienst die Stadt jährlich mit über 50 Mio. Euro. Bis 2020 (Schuldenbremse) muss die Stadt jedoch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Frage 3:

Die Zuschüsse an die meisten freien Träger wurden regelmäßig gekürzt oder eingefroren. Sieht Ihre Partei Spielräume, die Finanzausstattung der freien Träger zu verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Ratsherr Otto Reiners)

Also, wir Grünen setzen uns für den Erhalt eines vielfältigen und ausdifferenzierten Angebots kommunaler Daseinsvorsorge ein. Zu dieser gehört insbesondere eine breit gefächerte Trägerlandschaft, die Bürgerinnen- und Bürgerengagement und eine Teilhabe aller Münsteranerinnen und Münsteraner in einer Stadtgesellschaft erst ermöglicht. Wir Grünen haben uns in der Vergangenheit und werden uns auch in der Zukunft gegen jede pauschale Streichung der Zuschüsse bei den freien Trägern wehren. Die Rasenmäher-Politik von CDU, FDP und SPD wollen wir nicht fortsetzen. Die Erfahrungen der Konsolidierung haben auch gezeigt, dass die Beschlüsse durch die jeweilige Regierungsmehrheit ein Jahr später wieder rückgängig gemacht worden sind. Dies ist insbesondere für ökologische, soziale und kulturelle Träger in der Stadt unmöglich und deswegen werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die sozialen, ökologischen und kulturellen Träger eine Finanzierung erhalten.

ödp (Ratsherr Franz Pohlmann)

Die sogenannten Freien Träger sind eine wichtige Säule in der gesellschaftlichen Gesamtstruktur in Münster. Die Kürzungen der letzten Konsolidierungsrunden haben manche an den Rand ihrer Existenz gebracht. Einige haben es allerdings auch geschafft, neue Mittel zu akquirieren. Die ÖDP möchte das gesamte System auf den Prüfstand stellen und Mittel nur noch bei entsprechenden regelmäßigen Evaluationen zur Verfügung stellen. Wir fordern schon seit langem die Einführung einer Zuschussbudgetierung und die Zusammenfassung von Initiativen mit gleichen oder ähnlichen Zielsetzungen, damit mehr Geld für die eigentlichen Aufgaben bleibt.

FDP (Ratsfrau Carola Möllemann-Appelhoff)

Die Haushaltslage wird auch in den nächsten Jahren schwierig bleiben. Deshalb sehen wir keinen großen Spielraum für deutliche Erhöhungen der Zuschüsse. Wenn freie Träger allerdings Pflichtaufgaben für die Stadt übernehmen, müssen über Leistungsvereinbarungen auch die dafür notwendigen Leistungsentgelte zur Verfügung gestellt werden. Bei der Finanzierung freiwilliger Leistungen durch freie Träger werden wir auch in Zukunft keine großen Sprünge machen können.

DIE LINKE (Rüdiger Sagel)

Die finanzielle Situation, die in den letzten Jahren durch große Defizite belastet ist, hat doch dazu geführt, dass die freien Träger, die Sozialeinrichtungen, die Kultureinrichtungen immer mehr unter Kürzungsdruck gekommen sind. Es hat hier Kürzungsdiktate von der SPD-CDU-Stadtregerung gegeben und auch zuletzt von SPD, Grünen und FDP, die hier für den Haushalt verantwortlich zeichnen. Insbesondere die FDP hat da Druck auf SPD und die Grünen gemacht. Die sind dann an vielen Stellen umgefallen. Wir wollen, dass sozial gerechte Politik in dieser Stadt gemacht wird. Dafür steht die Linke und deswegen wollen wir,

dass freie Träger auch nicht gekürzt werden, sondern im Gegenteil: Sie übernehmen viele wichtige Aufgaben für viele Menschen in dieser Stadt und da muss auch eine entsprechende ausreichende Finanzierung da sein.

CDU (Ratsherr Gilbert Hartmann)

Ja, Münster ist eine von wenigen Städten, die noch einen ausgeglichenen Haushalt hat. Das ist auch weiterhin unser Ziel, denn wir wollen nicht, wie so viele Städte und Gemeinden in NRW, unter die Finanzaufsicht der Bezirksregierung gestellt werden. Da Münster damit erheblich in seinen demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt und die Spielräume für politisches Handeln des Rates stark minimiert werden. Deshalb haben wir die Stadt in den vergangenen Jahren gleich mehreren schmerzhaften Sparrunden unterzogen. Wir wissen, dass wir auch den freien Trägern viel zugemutet haben. Wir wissen aber auch, dass noch viel schmerzhaftere Entscheidungen getroffen werden müssten, wenn die Bezirksregierung das finanzpolitische Sagen im Rathaus hätte. Wir wollen auch weiterhin eine ausgewogene Finanzpolitik mit Augenmaß betreiben. Andere versprechen allen alles und können ihre Versprechen, wenn überhaupt, nur zu Lasten zukünftiger Generationen bezahlen. Wiederum andere wollen sparen um des Sparens willen und ordnen dem Sparen alles unter. Wir werden weder das Geld, das die Stadt gar nicht hat, mit vollen Händen ausgeben, noch werden wir die wichtigen Strukturen unwiederbringlich kaputtsparen. Also, Finanzausstattung der freien Träger erhöhen? Nein, aber Aufgabe der CDU-Politik wird sein, hier die soziale Balance zu halten.

SPD (Ratsherr Robert von Olberg)

Hier 1.000 Euro sparen, da 1.000 Euro sparen, bringt dem städtischen Haushalt nicht viel. Es bedeutet aber für die Träger, für die Vereine, die auf diese Zuschüsse angewiesen sind, häufig, dass sie existentiell in ihrer Arbeit bedroht sind. Deswegen wollen wir auf diese Kleinstkürzungen in Zukunft stärker verzichten. Es geht um Strukturfragen und es geht um eine tatsächliche Aufgabenkritik. Was können wir uns als Stadt leisten, was müssen wir städtisch machen, was können auch andere für uns an Aufgaben übernehmen und natürlich auch um die Frage: Wie sieht es eigentlich mit der finanziellen Ausstattung der Stadt aus, stimmen die Einnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben? Das sind die Fragen, auf die wir uns konzentrieren wollen. Klar ist es für uns auch, dass wir ohne eine zusätzliche Unterstützung von Landes- und Bundesebene als Kommunen nur sehr begrenzt unseren Haushalt ins Lot bringen können. Ich nenne ein Beispiel: Das Bundesteilhabegeld, das jetzt von der Bundesregierung angekündigt ist, muss kommen, damit wir langfristig und nachhaltig unseren Haushalt ins Lot kriegen.

Piratenpartei (Sebastian Kroos)

Zur Zuschusspolitik haben wir 2013 einen Antrag eingebracht, mit dem Ziel, die Prozesse um die Bewilligungen zu reformieren. Durch ihn wird aus Sicht der Politik unser Haushalt steuerbarer, ohne dass die Empfänger der Zuschüsse auf Sicherheiten verzichten müssen. Die Praxis, dass einmal bewilligte Zuschüsse quasi Bestandsschutz genießen, wird abgeschafft. In Zukunft sollen die Finanzhilfen der Stadt ein Ablaufdatum bekommen, so kann die Politik nach 3 bis 10 Jahren, auf Antrag der Empfänger, prüfen, ob die Mittel im Sinne der Gesellschaft genutzt wurden. Dazu sollen die Antragsteller einen "Verlängerungsantrag" stellen können, der auch einen Rechenschaftsbericht enthält. Wenn wegen knapper Haushaltsmittel Prioritäten gesetzt werden müssen, ist es der Politik so eher möglich, unser aller Geld gezielter einsetzen zu können. Auf die Umsetzung des Antrags warten wir noch, im Grundsatz befürwortet auch die Verwaltung unser Anliegen. Wir wollen unsere Prioritäten am Bürgerwillen orientieren, die Bürgerumfrage von 2011 und die Ergebnisse der Bürgerhaushalte unterstützen uns Piraten dabei. Die Finanzausstattung der freien Träger soll nicht mehr der Spielball von politischen Haushaltsverhandlungen und

den lautstärksten Lobbyvertretern sein. Wir wollen vorrangig wirksame und nutzenbringende Zuschüsse beschließen.

UWG (Uwe Raffloer)

In der Tat sehen wir die Möglichkeiten, die Zuschüsse für freie Träger zu optimieren. Das bedeutet nicht, dass wir damit mehr Geld ausgeben, sondern dass wir das, was heute bereits an Zuschüssen gewährt wird, optimaler einsetzen. Zuschüsse werden bei der Stadt Münster nicht nur durch direkte Finanzmittel gewährt, sondern auch durch indirekte Subventionierungen, wie z. B. die günstige zur Verfügung Stellung von Räumen oder wie z. B. beim Preußenstadion über die Übernahme von Verbrauchskosten, die in keinem Haushalt richtig erfasst oder dargestellt werden können. Wenn z. B. die Kirche aus der Auflösung des Studienfonds in Münster zurzeit Zuflüsse bekommt, dann sind wir der Meinung, dass davon auch ein Teil wieder nach Münster fließen müsste. In dem Fall könnte dann nämlich die Stadt Münster bei Zuschüssen für kirchliche Einrichtungen ebenfalls einsparen. Allgemein plädieren wir dafür, die Zuschüsse und Subventionen zunächst zu sammeln, in einen Topf zu erfassen und von dort aus bedarfsgerecht zu verteilen.